

Kritik an AgNes-Prozess

[24.02.2026] Die geplante Neuordnung der Netzentgelte im AgNes-Prozess stellt die bisherige Befreiung von Stromspeichern infrage. Vertreter der Speicherbranche warnen, dass ohne Vertrauensschutz Milliardeninvestitionen und bis zu 16 GW Batteriespeicherleistung auf der Kippe stehen.

Die Neuordnung des Netzentgeltsystems im sogenannten AgNes-Prozess ([wir berichteten](#)) sorgt für Unruhe im Speichersektor. In einer gemeinsamen Erklärung aus der Branche heißt es, die [Bundesnetzagentur](#) gefährde mit der Infragestellung der bisherigen Netzentgeltbefreiung das Vertrauen von Investoren.

Nach § 118 Absatz 6 Energiewirtschaftsgesetz sind Speicher, die vor dem 4. August 2029 ans Netz gehen, für 20 Jahre von Netzentgelten befreit. Auf diese Regelung haben Projektierer, Betreiber und Kapitalgeber ihre Geschäftsmodelle gestützt. Im Rahmen des AgNes-Prozesses stellt die Bundesnetzagentur diese Befreiung nun zur Disposition und plant, Speicher künftig mit Netzentgelten in bislang nicht bekannter Art und Höhe zu belasten.

Die Branche sieht darin einen nachträglichen Eingriff in bestehende und geplante Investitionen. Zahlreiche Projekte seien bereits realisiert, befänden sich im Bau oder stünden kurz vor der Investitionsentscheidung. Ohne klare Zusage eines Vertrauensschutzes drohten sie gestoppt oder verschoben zu werden.

Speicher übernehmen im Energiesystem eine Schlüsselrolle. Sie gleichen die volatile Einspeisung erneuerbarer Energien aus, kappen Preisspitzen und stabilisieren Frequenz und Versorgung. Gerade im Zuge der Dekarbonisierung gelten sie als zentrales Bindeglied zwischen Erzeugung und Verbrauch.

Laut dem Beratungsunternehmen [Enervis](#) stehen allein bei Batteriespeichern Projekte mit einer Leistung von rund 16 Gigawatt (GW) bis 2029 in der Planung. Sollten diese Vorhaben zurückgestellt werden, fehlten dem System auf absehbare Zeit erhebliche Flexibilitätskapazitäten. Die Unterzeichner warnen vor Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe und einem nachhaltigen Schaden für den Investitionsstandort Deutschland. Sie fordern von der Bundesnetzagentur eine kurzfristige Klarstellung, dass für bereits realisierte, in Bau befindliche und konkret geplante Projekte Vertrauensschutz gilt.

Unterzeichnet wurde die gemeinsame Erklärung von [ARGE Netz](#), [BKW](#), [ecostor](#), [Elevion Group](#), [LEAG](#), [LichtBlick](#), [Statkraft](#), [steag iqony group](#), [Tevolt](#) und [Trianel](#).

(th)